

„Es ist fast wie in einer Entwicklungswerkstatt“

Die Ruhrgebietskonferenz-Pflege hat zu einem städteübergreifenden Impf- und Schnelltest-Gipfel geladen. Arbeitgeber aus der Pflege in Nordrhein-Westfalen rufen dabei zur besseren Abstimmung von Schnelltests in Pflegeeinrichtungen und zur revierweiten Vorbereitung der Impfungen für Menschen mit Hilfe- und Pflegebedarf auf.

Text: Ina Füllkrug

Die Arbeitgeberinitiative Ruhrgebietskonferenz-Pflege hat am 4. Dezember 2020 zu einem ersten digitalen Impf- und Schnelltest-Gipfel eingeladen. Ziel ist, alle relevanten Akteure an einen Tisch zu bringen, die in den kommenden Wochen für die Durchführung von Schnelltests und Impfungen von hilfs- und pflegebedürftigen Menschen Verantwortung übernehmen. Ulrich Christofczik, Vorstand des Evangelischen Christophoruswerkes in Duisburg und Sprecher der Initiative, über die Ausgangslage: „Aktuell liegt nach wie vor der Engpass für die Schnelltests in der Personalsituation. Wenn jetzt noch die Organisation und Begleitung der Impfungen dazu kommt, sind wir mit unserem Latein am Ende. Es braucht dringend eine gemeinsame städteübergreifende Abstimmung. Es kann nicht sein, dass jeder nur für sich selber sorgt.“

Konkret geht es um die Abstimmung und Organisation der notwendigen Abläufe sowie um die Gewinnung und Koordination des benötigten Personals. Adressaten dieses Gipfeltreffens sind Entscheidungsträger aus den 53 Kommunen des Ruhrgebiets, aus den Verbänden im Gesundheitswesen und der Ärzteschaft sowie nicht zuletzt den Unternehmen aus der Pflege.

Per Telefon zugeschaltet war dem Gipfel auch Karl-Josef Laumann (CDU), Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, der zur aktuellen Situation Stellung nimmt: „Es kommt mir fast so vor

wie in einer Entwicklungswerkstatt, viele Fragen sind noch offen. So wissen wir bisher noch nichts über die Eigenschaften des Impfstoffes.“ Fest stehe, dass der Bund den Impfstoff aus Bundesmitteln bezahle und je nach Einwohnerzahl in die Bundesländer bringe. Von da an liege die Verantwortung der gerechten Verteilung im Land. Die Kommunen richten Impfzentren ein und tragen die organisatorische Verantwortung über Personal, Räumlichkeiten und Reinigung. Die medizinische Verantwortung trügen die KVen. Das Land bestimme über die Reihenfolge der Impfung und die Kommune entscheide dann über den Einsatz in den Pflegeheimen.

Die Vorphase zur erforderlichen Vorbereitung nutzen

„Die jetzige Vorphase sollten wir zur erforderlichen Vorarbeit nutzen“, betont Tobias Ahrens, Geschäftsführer des ASB Regionalverbandes Herne-Gelsenkirchen. „Wenn es losgeht, sollten wir eine Strategie in der Tasche haben.“ Jetzt gelte es, sich mit den Hausärzten abzustimmen sowie Formalien und Anschlusskontrollen auf den Weg zu bringen. Ebenso wichtig sei es, Aufklärung zu leisten, Einwilligungen einzuholen und Impfbücher zu besorgen.

Deutlich wird in der Konferenz auch, dass besonders bei den Pflegekräften in Pflegeheimen und Krankenhäusern eine Impfskepsis besteht. Hier sollte eine größtmögliche Transparenz hergestellt werden. „Niemand darf das Gefühl haben, dass mit Informationen hinter dem

Berg gehalten wird“, so Gerhard Herrmann, Abteilungsleiter im NRW-Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS).

Ressourcengerechte Konzepte für Schnelltests abstimmen

Die Initiative will dazu beitragen, dass die besonders vulnerablen Gruppen unserer Gesellschaft, die älteren und pflegebedürftigen Menschen im Revier, verlässlich und dauerhaft geschützt werden können. Kurzfristig sollten dazu zuverlässige und ressourcengerechte Konzepte für die Anwendung der Schnelltests abgestimmt werden. Die Ruhrgebietskonferenz schlägt die Verbreitung eines einheitlichen Musterkonzeptes für das gesamte Ruhrgebiet vor.

Der größte Engpass bei der Umsetzung der Schnelltests besteht aktuell beim Personal. Hier regt die Ruhrgebietskonferenz Pflege den Austausch von guten Ideen und Lösungen zur Aktivierung von brachliegenden Personalressourcen an. Dazu gehört etwa die befristete Umwandlung von Teilzeit in Vollzeitstellen oder auch die Rückholung von verrenteten Mitarbeitern. Die dadurch gewonnenen Einsatzzeiten könnten über regionale Arbeitgebernetzwerke auf mehrere Träger verteilt werden. Auch die Aktivierung von Menschen mit Pflegeerfahrung, die in andere Berufe abgewandert sind, jetzt aber aktuell von Kurzarbeit oder Entlassung bedroht werden, könnte ein Baustein bei der Lösung der Personalengpässe sein.

INTERVIEW



ULRICH CHRISTOF CZIK

„Enge Abstimmung von Politik und Praxis ist auch ohne Virus sinnvoll“

Über seine Sorgen im Zusammenhang mit den Impfungen und die Notwendigkeit der Kooperation von Pflege und Politik spricht Ulrich Christofczik, Vorstand des Evangelischen Christophoruswerkes in Duisburg und Sprecher der Initiative Ruhrgebietskonferenz-Pflege.

Herr Christofczik, Sie sagen, die Schnelltests und Impfungen stellen eine Riesenherausforderung dar. Was stimmt Sie dabei dennoch optimistisch?

Ulrich Christofczik: Optimistisch stimmt mich zunächst die Tatsache, dass beide Themen positiv für unsere Einrichtungen sind, weil sie die Sicherheit und die Rückkehr zu einer normaleren Alltagsgestaltung in unseren Einrichtungen ebnet. Damit sind sie alternativlos aus unserer Sicht. Die Schnelltests haben wir noch mit letzter Kraft und der enormen Einsatzbereitschaft unserer Mitarbeitenden geschafft – sodass wir eine Ansteckung bei Bewohnern, Besuchern und Mitarbeitenden nun schneller und unaufwändiger erkennen können. Die Impfungen sind ein anderes Thema – da sind wir auf externe Hilfe angewiesen – Ärzte, Fachpersonal, Infrastruktur, organisatorische Unterstützung, Koordination und Kühlung der Impfdosen, Anforderungen an Räumlichkeiten, Infos für Bewohner und Mitarbeitende. Da steht noch nichts – deswegen stimmt mich nur optimistisch, dass der Impfstoff

irgendwann da sein wird – die Umsetzung der Impfung noch nicht.

Und was ist Ihre größte Sorge?

Die Kurzfristigkeit von Erlassen und Verordnungen. Die organisatorischen Hürden haben wir bei den Schnelltests noch übersprungen. Das wird uns aus eigener Kraft bei den Impfungen nicht gelingen, auch wenn wir ein gutes Netz zu Ärzten und Apotheken haben. Wir brauchen hier Klarheit in den Details, organisatorische Rahmenbedingungen und einen praxistauglichen Vorlauf. Für besonders wichtig halte ich Info und Aufklärung über die Impfung. Bei uns im Ev. Christophoruswerk wird die Impfung für Bewohner, aber auch für Mitarbeitende freiwillig sein. Auch wenn wir die Impfung insgesamt als sinnvoll beurteilen, wird hier absolut kein Druck – zum Beispiel auf unsere Pflegekräfte – ausgeübt, um sich impfen zu lassen. Diffuses Halbwissen über Nutzen und Risiken helfen hier aber nicht, sich zu entscheiden. Hier fordern wir klare Aussagen und Materialien, die über Nutzen und Risiken objektiv und glaubwürdig aufklären.

Sie wollen mit dem Impfgipfel erreichen, dass Kommunen und Akteure effizienter zusammenarbeiten. Ist Ihnen das gelungen und wie kann das weiter verbessert werden?

Das hat die Ruhrgebietskonferenz Pflege zweifellos geschafft. Unter den Teilnehmenden des Impfgipfels waren neben Minister Laumann eben auch die Sozialdezernenten, Stadtdirektoren, Behörden und viele mehr, die in den Kommunen des Ruhrgebiets nun in der engen Abstimmung die Impfungen vorbereiten müssen. Da hat der Gipfel sicherlich den Anstoß gegeben und ein Netz geknüpft, das über die Pandemie hinausragt – denn enge Abstimmung und Zusammenarbeit von Politik und Praxis ist auch ohne Virus sinnvoll. Hier müssen aber alle Beteiligten auch gewillt sein, auch in Zukunft dran zu bleiben. Das kann klappen, wenn die Kooperation bei der Umsetzung der Impfungen erfolgreich verläuft und der Nutzen einer engeren Zusammenarbeit damit auf der Hand liegt.

Interview: Ina Füllkrug

Pflegeheime bei Impfungen aktiv einbeziehen

Die weitere große Herausforderung besteht in der kurz- und mittelfristigen Organisation der Impfungen. Insbesondere der schnelle und wirksame Schutz der älteren Menschen muss gewährleistet werden. Sie werden aber nicht zentrale Großimpfstationen aufsuchen können. Die Pflegeeinrichtungen könnten bei der Bewältigung dieser Herausforderung eine zentrale Rolle spielen, wenn man sie aktiv einbezieht. Sie könnten zu wohnortnahen Impfzentren werden,

in denen Hausärzte aus der Umgebung wechselweise Impfungen durchführen bzw. beaufsichtigen. Viele stationäre Einrichtungen sind mit verlässlichen und engagierten Ärzten vernetzt, die hier zeitlich befristet mitwirken könnten. Ambulante Dienste können gemeinsam mit den Behörden, Ärzten und anderen Akteuren des Gesundheitswesens mobile Impfteams auf die Straße bringen. Die ambulanten Dienste wissen, wo die besonders gefährdeten Menschen leben und haben sehr oft einen persönlichen Zugang zu ihnen.

Abschließend stellt Roland Weigel, Mit-Initiator der Ruhrgebietskonferenz-Pflege, einen zweiten Impfgipfel im Januar in Aussicht, in dem die ersten Schritte der Impfung gemeinsam reflektiert werden können.

MEHR ZUM THEMA

Tipp: Ein Konzeptpapier mit Angeboten der Pflege zur Unterstützung der Impfstrategie finden Sie auf www.ruhrgebietskonferenz-pflege.de